

**Motion (ParlamentarierInnen Schliern): Zentrumsplanung Schliern - ganzheitlich!**

Der Gemeinderat unterbreitet eine Vorlage rund um das Zentrum von Schliern, mit dem Ziel, in diesem Ortsteil öffentliche Räume für die Schlierner Bevölkerung zu schaffen sowie das Zentrum aufzuwerten.

Dabei sind insbesondere zu berücksichtigen

- a) das weitere Vorhandensein von Raum und Räumen zur öffentlichen Nutzung;
- b) die Zukunft des alten Schulhaus Schliern;
- c) eine (sanfte) Auffrischung des unwirtlichen Zentrumsplatzes und der Recycling-Sammelstelle;
- d) die Anbindungen an das umliegende Quartier.

**Begründung**

Das "alte Schulhaus" Schliern, welches der Schlierner Bevölkerung bislang für ihre Bedürfnisse zur Verfügung stand, kann seit Januar 2014 nach einem Brand nur noch sehr eingeschränkt benutzt werden. Zuerst war von Seiten Gemeinde von einem geplanten Verkauf die Rede. Dann schien es, dass die Gemeinde ernsthaft die Bedürfnisse der Schlierner Bevölkerung abklären werde (vgl. Antwort des Gemeinderats vom 9. Februar 2015 auf die Motion 1415). Im abschliessenden Bericht vom 20. Juni 2016 steht schliesslich unverbindlich, um ein planerisches Konzept für das Ortszentrum Schliern erarbeiten zu können, sei eine Anpassung des Umlegungsvertrags oder eine Entlassung der Parzelle 8125 aus dem Perimeter Voraussetzung. Diesbezügliche Verhandlungen würden durch die Liegenschaftsverwaltung geführt.

Der Zugang zum Zentrumsplatz, der Parkplatz mit den Entsorgungscontainern und der Zentrumsplatz stellen sich deshalb heute nach wie vor wenig einladend dar, obwohl mit einer sanften Renovation hier schon einiges herauszuholen wäre.

Den Schliernerinnen und Schlierner fehlen nach wie vor Räume für eine Quartiernutzung und der Zugang zum Zentrum, der Parkplatz mit den Entsorgungscontainern und der Zentrumsplatz stellen sich heute nach wie vor wenig einladend dar, obwohl mit einer sanften Renovation hier schon einiges herauszuholen wäre.

Die Einwohnerinnen und Einwohner von Schliern benötigen an zentraler Lage öffentliche Räume. Nur so kann ein funktionierendes, lebendiges Quartierleben aufrecht erhalten und gestärkt werden. Für die Nutzung gibt es ausgewiesene Bedürfnisse, darüber hinaus sind weitere Ideen vorhanden (Generationenhaus mit z.B. Jugend- und Seniorentreff, Kita, Tagesschule, Ludothek, Musikschule, Café etc.). Das "alte Schulhaus" (renoviert oder als Neubau) sowie der daran anschliessende Zentrumsplatz wären für diese Zwecke sehr gut geeignet. An dieser Lage könnte und sollte ein identitätsstiftendes Zentrum entstehen, um den Bedürfnissen der wachsenden Schlierner Bevölkerung nachzukommen.

Die Unterzeichnenden und auch der Ortsverein Schliern stellen fest, dass zwar schon verschiedentliche Anläufe bezüglich Planung gemacht wurden, diese jedoch leider rasch wieder in der Schublade verschwunden sind. So wurde es bis anhin nicht geschafft, eine Verknüpfung zwischen "altem Schulhaus" und "Zentrumsplatz" zu machen. Gerade aufgrund der anscheinend

komplexen Eigentümer-Verhältnisse gilt es, eine ganzheitliche Planung anzustreben. Dazu gehört, dass die Schlierner Bevölkerung rasch einbezogen wird und offen dargelegt wird, welche Auswirkungen die unterschiedlichen Varianten hätten (Kauf vs. Verkauf der Liegenschaft altes Schulhaus, Sanierung vs. Neubau altes Schulhaus, usw.).

Die eingeschränkte gegenwärtige Nutzung (Jugendtreff, Seniorentreff) ist dabei weiterhin zu gewährleisten. Hierfür sind allenfalls auch Überbrückungsmassnahmen baulicher Art an die Hand zu nehmen.

Schliern, 20. Juni 2016

Annemarie Berlinger-Staub  
Heidi Eberhard  
Heinz Nacht  
Iris Widmer  
Ueli Witschi  
Bernhard Zaugg

*A. Peltingo-Mank*  
*H. Nacht*

*T. E.*

*Ort*

*l.c. 1.0.0.2*

*P. Roth*

*B. J.*

*P. Liechti*

*al. Jahnman*

*M. Wini*

*E. Ad*

*A. Lang*

*H. Adenstausg*

*Ursula Wöhrle*

*H. Postelny*

*Mattler F. deli*

*H. Wini*

*B. Wini*

*Casimirk von Arx*

*H. B. deli*

*J. Kasper*

*E. Rüggesser*

*B. Müller*

*S. Müller*

## Köniz wird Mitglied des "Netzwerk Nachhaltiges Bauen Schweiz" (NNBS); Motion Grüne Köniz

Die Gemeinde Köniz wird Mitglied beim Netzwerk Nachhaltiges Bauen Schweiz (NNBS).

### Begründung:

Die Gemeinde Köniz setzt sich bereits seit Jahren für nachhaltiges und ökologisches Bauen ein. So ist Köniz seit dem Jahr 2004 Mitglied des Vereins eco-bau. Dies ist gut so und vorbildlich. Das NNBS ([www.nnbs.ch](http://www.nnbs.ch)) hat 2014 ebenfalls einen Standard ausgearbeitet, der die Nachhaltigkeit beim Bauen sichert. Dieser geht punkto Ökologie grundsätzlich in die gleiche Richtung wie eco-Bau (weshalb die in Ausarbeitung sich befindende Option der Doppelmitgliedschaft anzustreben ist), geht aber noch *darüber hinaus*.<sup>1</sup>

Aber nicht nur die *Ökologie* ist wichtig. Das Ziel des NNBS ist *umfassender*. Die Ökologie wird ergänzt durch die Dimensionen der *Wirtschaft*<sup>2</sup> und *Gesellschaft*.<sup>3</sup> Ökologie darf nicht getrennt von Wirtschaft und Gesellschaft betrachtet werden. Vielmehr ist eine Gesamtbetrachtung anzustreben, denn auch diese Bereiche gehören zu einem ausgewogenen Verständnis von *Nachhaltigkeit*. Die verschiedenen Interessen sind zu gewichten, unter Beachtung der Eigenverantwortung für Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt. Hierfür steht das NNBS ein und dafür soll sich auch die Gemeinde Köniz einsetzen. Der Ansatz des NNBS führt zu einem *Mehrwert*, der sich langfristig finanziell positiv niederschlägt.

Mit einem Beitritt zum NNBS würde Köniz Weitsichtigkeit zeigen und als Gewinnerin des Wakker-Preises wiederum mit gutem Beispiel vorangehen und aufzeigen, dass sparsamer Ressourceneinsatz (Energie, Geld, Material, Zeit) und Lebensqualität sowie Lebensfreude spendende Bauwerke keine Gegensätze sind.

20. Juni 2016

Johi Widmer  
E. An  
Matthias Röllin  
Clara Mosler  
A. Pestalozzi

C. Grollmann

<sup>1</sup> Sie beinhalten den Einsatz erneuerbarer Ressourcen, den effizienteren Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen, den Klimaschutz, den effizienten Umgang mit Stoffen, das Minimieren von Schadstoffkonzentrationen und der Umweltauswirkungen, den Erhalt der Naturräume und der Artenvielfalt sowie den Schutz des Bodens. Das NNBS setzt damit die Strategie Nachhaltige Entwicklung Schweiz 2012-2015 des Bundesrats um.

<sup>2</sup> Hinsichtlich der *Wirtschaft* stehen im Zentrum, die Optimierung der Lebenszykluskosten, die Marktfähigkeit, die Finanzierbarkeit und Handelbarkeit sowie der Regionalökonomische Beitrag.

<sup>3</sup> Zu den *gesellschaftlichen* Zielen, die der NNBS verfolgt gehören: Gestalterische und städtebauliche Qualitäten, Bauen für alle, Individuelle Gestaltungsspielräume, Räume für soziale Kontakte sowie Gesundheit und Wohlbefinden.

## Postulat SP / Junge Grüne / Grüne

### Städte setzen ein solidarisches Zeichen – Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt!

Christian Roth (SP), Elena Ackermann (Junge Grüne), Markus Willi (SP)

Dieses Postulat wird in folgenden Gemeinden eingereicht: Bern, Biel, Burgdorf, Köniz, Thun

#### Antrag

1. Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen - gemäss dem Vorgehen der Stadt Zürich -, das Aufnahmekontingent von geflüchteten Menschen zu erhöhen. Er sorgt dabei nach Möglichkeit für die Einhaltung der Priorität „oberirdische vor unterirdischer Unterbringung“.
2. Der Gemeinderat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden von Bund und Kantonen zu prüfen, wie vertriebene Menschen direkt aus Lagern für Geflüchtete aufgenommen werden können.

#### Begründung

Durch kriegerische Auseinandersetzungen sind Millionen von Menschen auf der Flucht, so viele wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Etwa die Hälfte davon sind Frauen und Kinder. Nur ein kleiner Teil dieser Vertriebenen gelangt nach Europa, der allergrösste Teil sind Binnenflüchtlinge oder sie suchen in angrenzenden Staaten Schutz vor Krieg, Verfolgung und Armut. Der Umgang der meisten europäischen Regierungen mit der verhältnismässig geringen Zahl von in Europa Zuflucht suchenden Menschen ist beschämend und verletzt die menschenrechtlichen Grundwerte.

Dass es auch anders geht, zeigt die Stadt Zürich: Seit anfangs Jahr verstärkt sie ihr Engagement für Geflüchtete und ist bereit, zusätzlich 1'000 Schutzsuchende aufzunehmen. Sie fordert andere Gemeinden auf, es ihr gleich zu tun. Noch weiter geht die Stadt Barcelona. Angesichts der Untätigkeit und fehlender Antworten europäischer Staaten in Bezug auf die humanitäre Notlage der Geflüchteten hat die Stadt Barcelona eine Zusammenarbeit mit Lesbos (Griechenland) und Lampedusa (Italien) vereinbart. Sie hat damit den beiden Inseln im Mittelmeer, auf denen in den letzten Jahren mehr Geflüchtete angekommen sind als anderswo, ihre volle Unterstützung zugesagt. Im vergangenen September hatte Barcelona angesichts der dramatischen Lage, die durch die anhaltende Fluchtbewegung aus Ländern wie Syrien, Afghanistan, Eritrea und Irak entstanden war, den Plan „Barcelona – Stadt der Zuflucht“ ins Leben gerufen. Dieser Plan sieht unter anderem vor, Menschen direkt aus den Partnerstädten an den europäischen Aussengrenzen aufzunehmen.

Köniz als viertgrösste Berner Gemeinde ist eine wichtige Playerin, wenn es darum geht, dem Kanton weitere Unterbringungsplätze für Asylsuchende anzubieten. Die Forderung, welche in den grossen Berner Städten und Gemeinden in den Parlamenten gemeinsam eingegeben wird, lautet daher dahingehend, das jeweilige Kontingent um 0,25% der EinwohnerInnen, in Köniz also um 100 Unterbringungsplätze aufzustocken. Dies ist auch in Köniz machbar. Denn Köniz hat Erfahrung auch mit weit höheren Zahlen von Asylsuchenden als heute. Dabei sind – wenn möglich - oberirdische Beherbergungsmöglichkeiten vorzuziehen, damit genügend Tageslicht vorhanden ist. Dies ist für eine menschliche Unterbringung der Schutzsuchenden von grosser Bedeutung.

in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden von Bund und Kantonen soll zudem geprüft werden, ob eine Direktaufnahme von (besonders verletzlichen) Personen aus Lagern für Geflüchtete rund um das Mittelmeer und im angrenzenden Raum, beispielsweise aus der Türkei,

Syrien, Somalia, Sudan oder Libyen möglich ist. Somit bliebe den Geflüchteten die gefährliche und leider allzu oft todbringende Reise durch die Wüste und über das Meer erspart. Ähnliches wurde vom Staatssekretariat für Migration (SEM) bereits vor einem Jahr beschlossen, doch die angekündigte Aufnahme von 3'000 besonders schutzbedürftigen Menschen kommt nur langsam voran; bis März diesen Jahres wurden lediglich 357 Personen aufgenommen.

Es ist höchste Zeit, dass sich die Städte und grossen Gemeinden konsequent mutig und menschlich zeigen. Der Spielraum ist da, die Bereitschaft der Bevölkerung zu helfen ebenso. Das zeigt z.B. die hohe Anzahl an freiwilligen Helfenden in den Asylunterkünften (Renferhaus Zieglerspital, Bern und in Niederscherli).

Köniz, 20. Juni 2016

A. Rott  
E. A.  
M. W. M. i.

I. D. ...

W. R. Th. ...

A. M. ...

A. ...

A. Berninger, ...

A. ...

... ..

B. J. ...

K. ...

A. ...

M. ...

J. M.

Casimir von Arn

R. Frey  
A. ...  
Christina ...



Sozialdemokratische Partei  
Köniz

Interpellation

**Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III in Köniz - Was tut der Gemeinderat?**

Am 14./17. Juni 2016 hat das Eidgenössische Parlament die Unternehmenssteuerreform III (USR III) verabschiedet. Der Präsident der Konferenz städtischer Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der Schweiz befürchtet Ende Mai namens der darin vertretenen Schweizer Städte, dass die Vorlage zu grossen Steuerausfällen namentlich auf Gemeinde-Ebene führen werde: "Den Letzten beißen die Hunde" (Der Bund - 28. Mai 2016). Schon vor der Schlussabstimmung wurde das Referendum angekündigt.

Bestätigen sich die Schätzungen des Gemeinerats vom 7. Dezember 2015 gemäss seiner Antwort auf eine Interpellation (Iris Widmer, Grüne) zu den möglichen Auswirkungen der USR III auf die Könizer Finanzen, ist mit einem Steuerausfall in der Grössenordnung von mindestens einem Steuerzehntel zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund stellen sich die folgenden Fragen:

1. Welche Gesamtbeurteilung und welche Schlussfolgerungen nimmt der Gemeinderat aus finanzpolitischer Sicht betr. die USR III vor? Gedenkt er die öffentlichen Dienstleistungen der Gemeinde abzubauen, die Ausfälle einnahmenseitig zu kompensieren oder einen anderen Weg zu gehen?
2. Ist der Gemeinderat bereit, zusammen mit anderen Städten das laufende Referendum zu unterstützen?
3. Hat sich der Gemeinderat – wie dies die SP Köniz bereits in der Debatte vom Dezember 2015 gefordert hat - die Frage der Beteiligung der Gemeinden an den Kompensationszahlungen vom Bund an die Kantone zum prioritären Thema gemacht? Was sind seine diesbezüglichen ersten Überlegungen, etwa hinsichtlich Vorgehen, Formen und Mechanismen von Kompensationszahlungen?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat Köniz gegenüber dem Regierungsrat sowie im Rahmen der kommenden Beratungen im Grossen Rat die Interessen der Gemeinde Köniz vorzubringen und sich für deren angemessene Berücksichtigung einzusetzen? Ist der Gemeinderat bereit, sich an den Lobby-Arbeiten des Verbandes bernischer Gemeinden aktiv zu beteiligen?
5. In welchen überkommunalen finanzpolitischen Gremien und Organisationen pflegt die Gemeinde Köniz einen Erfahrungsaustausch mit anderen Städten und sucht die Zusammenarbeit zur Wahrnehmung ihrer Interessen? Was sind die dieser Auswahl zugrunde liegenden Überlegungen. Ist der Gemeinderat bereit, inskünftig aktives Mitglied in der Konferenz städtischer Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren zu werden?

Eingereicht: 20. Juni 2016

Werner Thut

WRT24T  
 A. Beling-Brant  
 P. Sch...  
 G. Hocher  
 E. Ad...  
 ...

A. ...  
 ...  
 Th. ...  
 ...  
 ...  
 ...

Alphonse ...  
 ...  
 ...  
 ...  
 ...  
 ...



Sozialdemokratische Partei  
Köniz

1622

"Für eine starke Kernregion Bern"

## Postulat SP Köniz: „Kernregion Bern - Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen“

Der Gemeinderat wird aufgefordert, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Die Gemeinde Köniz nimmt mit den benachbarten Gemeinden (z.B. im Perimeter Bern NEU gründen<sup>1</sup>) Kontakt auf, um gemeinsam eine „Resonanzgruppe Kernregion Bern“ einzurichten.
2. Die Resonanzgruppe wird aus Vertretungen der beteiligten Behörden gebildet. Eingeschlossen sind auch Vertretungen der Parlamente (wo vorhanden), um die Zusammensetzung politisch breiter abzustützen.
3. Die Resonanzgruppe entwickelt gemeinsam Ziele und Vorstellungen für die Entwicklung der Kernregion Bern. Sie stösst Projekte für die gemeinsame Zusammenarbeit an und bildet eine Plattform für urbane Interessen und gemeindeübergreifende Zusammenarbeit in der Kernregion Bern.


### Begründung


Weite politische Kreise sind sich einig: Um die künftigen Herausforderungen und Probleme in der Stadt und Agglomeration Bern meistern zu können, braucht es eine gemeinsame, gemeindeübergreifende Entwicklung der Kernregion. Allerdings besteht kein politischer Konsens über die anzustrebende Entwicklung in der Agglomeration Bern, und es fehlt an geeigneten Strukturen, um die Weiterentwicklung und langfristige Stärkung der Region Bern zielgerichtet angehen zu können. Dieses Ergebnis zeigt auch eine Studie des Vereins „Bern NEU gründen“, die der Frage nachgegangen ist, mit welchen Zusammenarbeitsmodellen sich die Zusammenarbeit in der Stadtregion vertiefen liesse<sup>1</sup>.

Zwar besteht für die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit eine Vielzahl von Gremien. Diese Gremien haben aber alle einen grossen Perimeter und damit in der Folge eine sehr heterogene Interessenslage. Namentlich hat die Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM<sup>2</sup>) nicht die Aufgabe, sich um die Probleme der Kernregion zu kümmern.

Die weitere Stadtentwicklung erfordert aber im unmittelbaren Umfeld der Stadt tragfähige Strukturen, um den gemeindeübergreifenden Dialog zu pflegen und Projekte zur weiteren Entwicklung der Region gemeinsam an die Hand nehmen zu können.

20. Juni 2016 / Ruedi Lüthi

  
A. Buhig-Brank  
P. Bieccoli  
Casimiro von Ax

  
I. D. ...  
A. Rott  
W. ...  
A. N. ...  
C. ...  
M. ...

<sup>1</sup> <http://www.bernneugruenden.ch/index.php?page=306>

<sup>2</sup> <http://www.bernmittelland.ch/de/index.php>